

## Bundestagswahl 2017: Wahlnachlese für Köln und Umland

Stand: 26.10.2017

Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 haben sich insgesamt 42 Parteien dem Votum der Wählerinnen und Wähler gestellt. Darunter befanden sich nicht wenige Parteien mit extrem rechter, rassistischer oder rechtspopulistischer Ausrichtung.

Während in den Landesparlamenten immer wieder extrem rechte und nationalkonservative Parteien saßen, hat es seit 1961 keine Organisation aus diesem Spektrum in den Bundestag geschafft.<sup>1</sup> Mit der „Alternative für Deutschland“ wurde nun erstmals eine Partei mit einer nationalistisch-völkischen und in Teilen rassistischen Programmatik in den deutschen Bundestag gewählt. Mit dem großen Zuspruch zur AfD sind andere Rechtsaußen-Parteien in den Bereich der Bedeutungslosigkeit verwiesen worden. Dies gilt auch für NRW und den Regierungsbezirk Köln (RB Köln).

Über die politische Einordnung der AfD, die sich in verschiedenen Wahlen auf kommunaler und Landesebene als neuer politischer Akteur im Parteienspektrum etablieren konnte, gibt es bei Experten und Expertinnen aus Wissenschaft und Bildung noch keine einheitlichen Aussagen.

In der öffentlichen Darstellung wird die AfD vielfach dem Rechtspopulismus zugeordnet. Darunter kann ein Setting von Positionen verstanden werden, *„die weniger von einem biologistisch geprägten Volksgemeinschafts- und ‚Rassenbegriff‘ ausgehen, sondern vornehmlich mit einem kulturalisierten Rassismus argumentieren, der sich nicht zuletzt gegen Muslime bzw. pauschal gegen ‚den Islam‘ richtet. Die Grundlage rechtspopulistischer Argumentationsmuster bilden häufig die Verweise auf den ‚gesunden Menschenverstand‘ sowie auf die Interessen einer angeblich ‚schweigenden Mehrheit‘, die jedoch durch die vermeintlich korrumpierten politischen und kulturellen Eliten nicht mehr repräsentiert seien.“*<sup>2</sup>

Als rechtsextrem kann hingegen *„die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht“* gefasst werden, *„die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung der Bürgerinnen und des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gesellschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen.“*<sup>3</sup>

In diesem Sinne werden auch die in der Wahlnachlese genannten Parteien verortet. Der Fokus liegt dabei auf der Stadt Köln sowie verschiedenen Regionen im Regierungsbezirk Köln. Hier existieren verschiedene – auf Kreisebene mehrere – rechtspopulistische und rechtsextreme Wahlparteien. Diese Parteien stellen zum Teil Vertreter/innen in Kreistagen, Stadträten und Bezirksvertretungen. Neben den kurzen Berichten zu den Strukturen und Wahlkampfaktivitäten

---

<sup>1</sup> Abgesehen von den ersten Wahlperioden, als im Bundestag Parteien wie die Deutsche Reichspartei (1950), die Deutsche Partei und der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten vertreten waren.

<sup>2</sup> Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Düsseldorf 2016, S. 45. Das Handlungskonzept wurde am 10.05.2016 vom nordrhein-westfälischen Landtag beschlossen.

<sup>3</sup> Vgl. Hans-Gerd Jaschke, „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriff, Positionen, Praxisfelder“, 2. Auflage, Opladen 2001, S. 30. Zitiert nach: Ebd., S. 43-44.

entsprechender Parteien (Teil 1) finden sich tabellarische Darstellungen der Wahlergebnisse (Teil 2). Zu konstatieren ist dabei, dass es den relativen wie auch absoluten Wählerstimmen zufolge keine rechten Hochburgen im Sinne einer Dominanz völkisch-rassistischer Einstellungen in den Regionen gibt. Vielfach liegen die Ergebnisse unter dem Bundesdurchschnitt. Im Wahlkreis Köln II erhielten die Rechtspopulisten sogar das deutschlandweit zweitniedrigste Ergebnis bei der Bundestagswahl. Die möglichen Ursachen für den geringen oder auch relativ hohen Zuspruch zu extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien haben wir im Folgenden theseartig zusammengefasst (Teil 3).

Die Wahlnachlese berücksichtigt in erster Linie Parteien, die in NRW bei der Bundestagswahl wählbar waren (AfD, NPD und „Volksabstimmung“). Es werden jedoch auch weitere Parteien aufgegriffen, die – auch wenn sie nicht angetreten sind – in Köln relevant sind bzw. waren („Die Rechte“, „Die Republikaner“ und „pro Deutschland“). Die Ergebnisse der „Deutschen Mitte“ lassen eine ausführliche Behandlung eigentlich nicht zu. Die Partei war jedoch mit Wahlwerbung massiv im öffentlichen Raum vertreten, was zu vielen Nachfragen zu deren Positionen und Verortung führte. Daher findet sich in der Nachlese eine etwas ausführlichere Darstellung zur „Deutschen Mitte“.

Neben der konkreten Unterstützung von Initiativen, engagierten Personen, Verbänden, Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Vereinen, Parteien oder Behörden vor Ort durch Beratung, Qualifizierung und Begleitung ist seit vielen Jahren die Recherche und Analyse aktueller Herausforderungen im Themenfeld eine Hauptaufgabe der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln. Die Ergebnisse wollen wir möglichst hilfreich und nutzbar für Engagierte und Interessierte aufbereiten und weitergeben. Daher nehmen wir auch 2017 eine erste Bewertung der Bundestagswahl hinsichtlich rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien vor. Ziel ist keinesfalls eine vertiefte politikwissenschaftliche Untersuchung, die eine empirisch fundierte Analyse im Hinblick auf Altersstruktur, soziale Milieus, Religionszugehörigkeit und weiterer Items vornimmt. Vielmehr soll mit der Wahlnachlese auf Bedarfe reagiert werden, einen kompakten Überblick über Wahlkampfaktivitäten und Ergebnisse zu geben sowie mit der Vorstellung möglicher Ursachen Anregungen und Impulse für das Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für Demokratie zu geben.

In diesem Sinne hoffen wir, dass interessierte Leserinnen und Leser für sie hilfreiche Informationen finden. Wir danken Johanna Zirwes und Anja Fischer für die Erstellung der Nachlese.

Hans-Peter Killguss, Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

## 1. Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im RB Köln

### Alternative für Deutschland (AfD)

Die Alternative für Deutschland nahm schon im Jahr ihrer Gründung 2013 an der Bundestagswahl statt und erreichte dort bereits 4,7 %. Nach dem Bruch mit dem wirtschaftsliberalen Flügel um Bernd Lucke im Jahr 2015 etablierte sich die AfD als rechte Agitations- und Bewegungspartei und zog nun mit 12,7 % als drittstärkste Kraft in den Bundestag ein. Seit ihrer Gründung ist sie in 13 Landesparlamente eingezogen. Auch in NRW, wo man nach Eigenangaben über etwa 4.500 Mitglieder verfügt<sup>4</sup>, hat die Partei in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen. Sie verfügt auch im Regierungsbezirk Köln flächendeckend über Kreis- und Stadtverbände und organisiert an verschiedenen Orten regelmäßig Veranstaltungen sowie Kundgebungen und Demonstrationen.

In der AfD hat die „Neue Rechte“ einen bedeutenden Einfluss, der sich u.a. in dem parteiinternen Zusammenschluss „Der Flügel“ ausdrückt. Die bundesweit existenten parteiinternen Lagerbildungen und Spannungen in der AfD sind auch im Landesverband NRW deutlich sowie auf lokaler Ebene zu beobachten. Mit dem Vorwurf, eher die eigene Karriere befördern zu wollen als den Zielen der Partei zu dienen, wurde die AfD-Fraktion im Landtag abgelehnt – tatsächlich wolle man eine Landesliste, die dem Landesvorsitzenden Markus Pretzell nahesteht, nicht mittragen.

Die Entwicklung nach den Parteiaustritten von Frauke Petry und ihrem Ehemann Pretzell sind noch nicht abzusehen. Es scheint jedoch unwahrscheinlich, dass viele Mitglieder dem Beispiel von Petry und Pretzell, die den Rechtsruck der Partei einst selbst mitforciert hatten, nun folgen werden.

Programmatisch versucht sich die AfD ein „bürgerlich-realistisch, weltoffenes und patriotisches“<sup>5</sup> Profil zu geben. Nico Lange, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Leiter der AG „Zukunft der Volksparteien“ sieht im Programm der AfD einen gefährlichen anti-pluralistischen Geist. Die AfD greife mit ihren Angriffen auf Parlamentarismus, Parteien und repräsentative Demokratie aber auch mit einzelnen Aussagen über den Islam „in Teilen den in der Bundesrepublik geltenden Konsens über die freiheitlich demokratische Grundordnung an.“<sup>6</sup>

### Wahlkampf

Im Wahlkampf machten die Funktionärinnen und Funktionäre der AfD immer wieder mit rassistischen, flüchtlingsfeindlichen und nationalistischen Provokationen und Positionen auf sich aufmerksam. Die Wahlkampfrhetorik der AfD lässt sich als eine Mischung aus der Selbstinszenierung als Opfer und Stimmungsmache gegen „Die da oben“, einen vermeintlich linken Zeitgeist oder konkretisiert gegen Angela Merkel persönlich charakterisieren.

Am 6. September erschien eine neue Auflage der AfD-nahen Zeitung „Deutschland Kurier“, von der 300.000 Exemplare in Köln verteilt wurden. Offiziell wird die Zeitung vom „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“ finanziert. Es besteht nach

---

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/nordrhein-westfalen-2017/246045/afd>.

<sup>5</sup> Vgl. Antworten der AfD-Pressestelle zu Frage der LzpB Baden-Württemberg nach dem Charakter der Partei, [http://www.bundestagswahl-bw.de/parteien\\_btwahl2017.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/parteien_btwahl2017.html)

<sup>6</sup> Vgl. Fietz, Martina: Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung. „Lässt Schlimmes ahnen“: Experte stellt AfD-Parteiprogramm vernichtendes Urteil aus. Online unter: [http://www.focus.de/politik/deutschland/interview-mit-konrad-adenauer-stiftung-laesst-schlimmes-ahnen-experte-stellt-afd-partieprogramm-vernichtendes-urteil-aus\\_id\\_5793317.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/interview-mit-konrad-adenauer-stiftung-laesst-schlimmes-ahnen-experte-stellt-afd-partieprogramm-vernichtendes-urteil-aus_id_5793317.html), v. 05.08.2016.

eigenen Angaben kein offizieller Kontakt zwischen Verein und Parteiführung.<sup>7</sup> Der Verein sprach jedoch eine eindeutige Wahlempfehlung zugunsten der AfD aus und warb auf seiner Internetseite mit den offiziellen AfD-Wahlplakaten für die Partei.<sup>8</sup>

Neben den Stammtischen, die in regelmäßigen Abständen im Regierungsbezirk Köln stattfinden, gab es mehrere Wahlkampfstände, u.a. in Rodenkirchen (2.9.), Sülz (6.9.), Poll (9.9.), Alt-Brück (13.9.) sowie Heimersdorf und Chorweiler (16.9.).<sup>9</sup> In Düren gab es am 19.9. einen Bürgerdialog mit Alice Weidel und Jochen Haug, in Bergisch Gladbach eine Podiumsdiskussion am 6.9.

Die Plakate zur Bundestagswahl wurden im RB Köln in weiten Teilen verteilt. Oft zu sehen waren sie dabei an gemieteten Großfläche-Werbetafeln. Die Inhalte beziehen sich weitestgehend auf Migration, Geflüchtete, Islamisierung sowie einen Rückbezug auf die Interessen des eigenen Landes. Die Partei spielt dabei mit den an sie gerichteten Erwartungen und der Kritik an ihrem Auftreten (Selbstviktimisierung). Eine ausgewählte Übersicht über die Aussagen der Plakate: „Am 24.9. AfD wählen. Hol dir dein Land zurück! Trau dich, Deutschland“, „Burkas? Wir steh'n auf Bikinis“, „Familiennachzug: Weitere 2 Millionen Migranten ab 2018: Jetzt gibt uns Merkel den Rest!“, „Grenzen sicher. Sozialstaat schützen.“, „Islamisierung stoppen“, „Und was ist ihr Grund für Deutschland zu kämpfen?“ (auf diesem Plakat wurde Frauke Petry mit ihrem Kind dargestellt).

Die AfD ist in den sozialen Medien bundesweit wie kommunal sehr aktiv und enorm erfolgreich. Auf Facebook erreicht die „AfD Köln“ bspw. viermal so viele User/innen wie die lokale SPD, fünfmal so viele wie die CDU (gemessen an Zuspruch durch „Gefällt mir“-Angaben“). Seit Mitte August betrieb die Kölner AfD auf Facebook Wahlkampf. Die beinahe täglich verfassten Posts gliedern sich stilistisch und inhaltlich in die oben bereits beschriebene Wahlkampfretorik ein. Neben der Selbstdarstellung der Partei als volksnah und einzige Chance für Deutschland wird das Handeln der Regierungsparteien und deren Akteure fortwährend kritisiert und polemisiert.

Als besondere Initiative ist der „Online Infostand“ der Kölner Direktkandidaten am 22.9. per Facebook-Livestream zu erwähnen, bei dem Bürger/innen in den interaktiven Dialog mit Jochen Haug, Fabian Jacobi, Stephan Boyens und Günter Witzmann treten konnten. Die AfD inszeniert sich hierbei als bürgernah und auf der Höhe der Zeit.<sup>10</sup>

Der Wahlwerbespot ist als Dialog zwischen AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel und AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland inszeniert. Die AfD wird als vielseitige Partei dargestellt, die sich gegen illegale und unkontrollierte Einwanderung wehrt, damit Deutschland eine Zukunft hat. Sie spielt mit dem Vorwurf des Rechtspopulismus, indem sie ihre Position mit „nicht recht sondern rechtens“ verteidigt, distanziert sich aber nicht von potenziellen Wähler/innen aus dem rechten Spektrum.

## **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) wurde 1964 gegründet und vertritt rassistische, antisemitische und antidemokratische Positionen. Die Partei verfolgt eine Politik,

---

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.rechtundfreiheit.de/grussworte-des-vorsitzenden/>.

<sup>8</sup> Vgl. <https://www.facebook.com/VereinRechtUndFreiheit/photos/a.133510632650022.1073741831.1162229030454420/1658738467470138/?type=3&theater>.

<sup>9</sup> Vgl. <https://afd.koeln/aktuelles/2017/09/18316/>.

<sup>10</sup> Vgl. <https://afd.koeln/aktuelles/2017/09/online-infostand-der-koelner-afd-direktkandidaten/>.

die auf einem „homogenen Staatsvolk“ als „Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“<sup>11</sup> basiert und lehnt eine „ethnische Überfremdung“ durch Zuwanderung sowie eine „Veramerikanisierung“ der Gesellschaft ab. Ein Parteiverbot im Januar 2017 scheiterte vor dem Bundesverfassungsgericht. Zwar sahen die Richter das Konzept der Partei als wesensverwandt mit der Ideologie des Nationalsozialismus an und bescheinigten ihr verfassungsfeindliche Ziele. Dennoch sei es unwahrscheinlich, dass das Handeln der NPD zum Erfolg führe.

In NRW kommt den Nationaldemokraten ein Nischendasein zu. „Hochburg“ der NPD im RB Köln war lange Zeit Düren. Dies ist jedoch bereits seit einigen Jahren nicht mehr der Fall. Nur in Heinsberg und im Rhein-Sieg-Kreis besteht ein mehr oder weniger aktiver Kreisverband, in dem auch die stellvertretende Landesvorsitzende Ariane Meise beheimatet ist. Bei den Kommunalwahlen 2014 konnte die NPD in einigen Städten Ergebnisse zwischen 1 und 2 % erzielen und zog in ein paar wenige Stadträte ein.<sup>12</sup>

### **Wahlkampf**

Im Wahlkampf war die Partei mit Plakaten, einem Werbespot und Kundgebungen vertreten sowie in den sozialen Medien aktiv. Inhaltlich fokussierte der Wahlkampf dabei vornehmlich die Themen Flucht, Migration und Islam. Auch die Meinungsfreiheit, in Anspielung auf das versuchte NPD-Verbot, wird u.a. im Wahlwerbespot thematisiert.

Auf den Plakaten waren u.a. Aussagen wie „Der Islam gehört nicht zum Rheinland“, „Bei uns heißt es Alaaf statt Allah!“, „Grenzen sichern-Heimat schützen“ zu lesen (u.a. im Rhein-Erft-Kreis). Zudem bezog die Partei sich auf den Protest gegen „die da oben“ und inszenierte sich als „Stimme des Volkes“: „Merkel muss weg! Wir machen Politik für das eigene Volk!“, „Wir lassen die Luft raus-Aus der Asylpolitik“, so war es auf Plakaten in Hückelhoven und anderen Städten des Kreis Heinsberg zu lesen. Anders als in anderen Regionen im RB Köln hat die NPD in Heinsberg sichtbar am Wahlkampf teilgenommen. Neben den aufgehängten Plakaten gab es zudem Postwurfsendungen. Anders als in vorherigen Wahlkämpfen war die NPD im Rhein-Sieg-Kreis nur wenig bis kaum präsent.

### **„Die Rechte“ (DR)**

Die Kleinstpartei „Die Rechte“ wurde 2012 von dem norddeutschen Neonazi Christian Worch gegründet. Ein Jahr später entstanden auch in NRW Parteistrukturen, die als Auffangbecken für Aktivisten aus den im August 2013 durch den nordrhein-westfälischen Innenminister verbotenen Kameradschaften dienten. Von den offiziell acht in NRW agierenden Kreisverbänden sind drei im RB Köln aktiv: Der KV Rhein-Erft, der KV Aachen und der KV Heinsberg. Nach Eigenangaben von „Die Rechte“ verfügt man über 621 Mitglieder. Diese fallen immer wieder durch Delikte wie Volksverhetzung, aber auch durch Körperverletzung auf. Die Partei bezieht sich auf den historischen Nationalsozialismus und verbreitet in der Öffentlichkeit eine „klassisch“ neonazistische Ideologie, die immer wieder knapp an der Strafbarkeit vorbeischrämmt.

„Die Rechte“ nahm 2014 erstmals an den Kommunalwahlen in Wuppertal, Hamm und Dortmund teil. In Dortmund, wo die DR am aktivsten ist, erhielt die Partei ein Stadtratsmandat und vier Bezirksvertretungsmandate, in Hamm ein Stadtratsmandat und ein Bezirksvertretungsmandat. Bei der Bundestagswahl 2013 ist die Partei nur in Nordrhein-Westfalen zur Wahl angetreten.

---

<sup>11</sup> Vgl. <http://npd.nrw/oft-gefragt/>.

<sup>12</sup> Vgl. <http://www.mbr-koeln.de/2014/05/27/die-extreme-rechte-bei-der-kommunalwahl-im-regierungsbezirk-koeln/#more-3556>war der Erfolg im Regierungsbezirk Köln eher bescheiden.



Dort erreichte sie 2.245 Zweitstimmen (0,0 %). Bei der Bundestagswahl 2017 trat sie nur in Baden-Württemberg an. Trotzdem wurde auch in NRW Wahlkampf betrieben (s.u.).

### **Wahlkampf**

Obwohl „Die Rechte“ in NRW nicht bei der Bundestagswahl antrat, war sie während des Wahlkampfes präsent. Wahlplakate waren im Bezirk Köln sehr selten zu sehen, eine Ausnahme war der Rhein-Erft-Kreis, hier jedoch auch nur vereinzelt.

Themen in den sozialen Netzwerken waren vor allem die angeblich zu erwartende Wahlmanipulation, die Anprangerung der Kriminalität der „Nichtdeutschen“, die Überfremdung Deutschlands („Von der Erft bis an den Rhein schickt Asylbetrüger heim!“) und die Ablehnung von „denen da oben“, meistens dargestellt durch die Person Angela Merkels. Die Themen der Partei fasst diese selbst zusammen mit: „Heimat schützen, Familie fördern, Identität bewahren.“

### **„Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung; Politik für die Menschen“ (Volksabstimmung)**

Die 1997 gegründete Partei wurde bis 2006 mehrere Jahre im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht erwähnt. Die dem rechtspopulistischen bzw. dem nationalkonservativen Spektrum zuzuordnende Organisation fordert vorrangig Volksabstimmungen für zentrale Themen der Politik nach dem Vorbild der Schweiz und eine restriktive Einwanderungspolitik. Im Grundsatzprogramm wird auch das Ende der „Bevormundung durch fremde Mächte oder Organisationen“ gefordert, die ein freies Volk wie Deutschland nicht ertragen müsse. Aktiv ist die Kleinstpartei lediglich im Rhein-Sieg. Der Vorsitzende des dortigen Kreisverbandes ist gleichzeitig auch Bundesvorsitzender. Bei den Bundestagswahlen 2017 kam die Partei „Volksabstimmung“ auf 0 % der Zweitstimmen, im Rhein-Sieg-Kreis auf 0,27 %.

### **„Die Republikaner“ (REP)**

Die 1986 gegründeten „Republikaner“ waren einst die bundesweit stärkste Kraft am rechten Rand. Die Partei versinkt jedoch zunehmend in die Bedeutungslosigkeit. Dies gilt ebenso für Nordrhein-Westfalen – auch wenn NRW mit 1.100 Mitgliedern<sup>13</sup> einen der größten Landesverbände ausmacht und vereinzelt Aktivitäten zu verzeichnen sind, die vornehmlich das Thema Flucht und Asyl behandeln. In Köln versuchte der Bundesvorsitzende Kevin Krieger aus Pulheim hin und wieder auf sich aufmerksam zu machen, blieb jedoch erfolglos.

Bei den Kommunalwahlen 2014 erlangten die Republikaner im RB Köln gerade einmal ein Mandat im Kreistag der Städteregion Aachen und in Alsdorf. Bei der Landtagswahl in NRW 2017 bekam die Partei 0,1 % der Stimmen. Bei der Bundestagswahl 2017 traten die „Republikaner“ gar nicht erst an.

---

<sup>13</sup> Vgl. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/nordrhein-westfalen-2017/246495/rep?type=galerie&show=image&i=246496>.

## „Bürgerbewegung pro Deutschland“ (pro Deutschland)

Die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ wurde ins Leben gerufen, nachdem die beiden „pro Köln“-Aktivposten Manfred Rouhs und Markus Beisicht sich 2007 wegen unterschiedlicher Ansichten über die strategische Ausrichtung der „pro-Bewegung“ überworfen hatten. Rouhs ging nach Berlin, wo er die Führung von „pro Deutschland“ übernahm. Mit Ausnahme der Hauptstadt konnte die Partei nirgendwo nennenswerte Strukturen aufbauen und Aktivitäten entfalten. Dies änderte sich auch nicht mit den Streitigkeiten bei „pro NRW“, in deren Folge etliche Mitglieder zu „pro Deutschland“ übertraten. Bei der Bundestagswahl 2017 trat die Partei nicht an.

## „Deutsche Mitte“ (DM)

Die Partei „Deutsche Mitte“ gründete sich im Jahr 2013 und hat eigenen Angaben zufolge 3315 Mitglieder. Gründer und Vorsitzender ist Christoph Hörstel. Laut ihrem Kurzprogramm 2017<sup>14</sup> steht die Partei für eine „ethische Politik im Sinne der Bewahrung der Schöpfung: mit Herz, Augenmaß und Vernunft“.

Die Partei fordert eine Begrenzung von Einwanderung und der Aufnahme von Geflüchteten durch eine gezielte Auswahl<sup>15</sup> sowie ein Grundeinkommen, das lediglich deutschen Staatsbürger/innen zustehen soll. Sowohl in der Programmatik als auch in den Äußerungen der Partei lassen sich verschwörungsideologische Ansätze finden. So verkündet Christoph Hörstel im Wahlwerbespot zur Bundestagswahl, dass „die Mächtigen dieser Welt, die den Trumps und Merckels vorschreiben, wo es langgeht“ einen „Weltkrieg an sieben Schauplätzen“ planen würden. Eine Wahrheit, die von „den Lügenmedien“ verschwiegen werde.

Die Nähe zu Verschwörungsvorstellungen zeigt sich auch in der antisemitisch konnotierten Forderung nach der Abschaffung von Zinsen sowie nach Zurückdrängung der „globalen Finanzkartelle“. Die „Deutsche Mitte“ nimmt eine ablehnende bis feindliche Haltung gegenüber dem Staat Israel ein und erklärt die Unterstützung der „Einheit aller Palästinenser ohne Benachteiligung des Gazastreifens“ zum Ziel. Dabei verharmloste der heutige Parteivorsitzende Hörstel bereits im Jahr 2006 den Terror der Hamas, indem er sagte: „Israel steht in Palästina, nicht Palästina in Israel. Welche Waffen haben denn die Palästinenser, um sich unter vertretbaren Verlusten zu wehren? Ich bin gegen Terrorattentate. Ich erkenne aber an, dass die Palästinenser kaum andere nennenswerte Mittel haben. Insofern verurteile ich die Hamas nicht.“<sup>16</sup>

In diesem Zusammenhang tritt Hörstel auf Veranstaltungen auf, die der Verbreitung von Verschwörungsideologien dienen. So zum Beispiel beim antisemitischen „Al Quds“-Marsch in Berlin<sup>17</sup> oder auf einer Konferenz der „Anti-Zensur-Koalition“. Dort trat in der Vergangenheit, neben bekannten Personen aus verschwörungsideologischen und rechtspopulistischen Szenen, auch die verurteilte Holocaustleugnerin Sylvia Stolz auf.

In der Region organisiert die Partei „Deutsche Mitte“ Stammtische in Köln, Bergheim, Sindorf und Bonn. In den sozialen Medien sind lokale Gliederungen der Deutsche Mitte nicht regelmäßig aktiv. Dies änderte sich auch im Wahlkampf nicht erkenntlich. Dennoch nahm die

---

<sup>14</sup> Vgl. <https://deutsche-mitte.de/wp-content/uploads/2017/03/DM-Kurzprogramm-2017.pdf>.

<sup>15</sup> Vgl. <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2017/254501/dm>.

<sup>16</sup> Vgl. <http://antifaelf.blogspot.de/2017/04/14/verschwoerungsideologie-in-partei-form-die-deutsche-mitte-ist-nun-auch-in-oldenburg-angekommen/>.

<sup>17</sup> Vgl. <https://publikative.org/2012/08/21/marsch-der-antisemiten/>.

Partei in der Außenwerbung einen großen Platz ein und wurde darüber von vielen erstmalig wahrgenommen. So präsentierte man sich an etlichen Stellen im Regierungsbezirk mit Plakaten mit dem Slogan „Finanzkartelle abschaffen“. Das Bildmotiv dazu zeigte einen Kraken, über dessen Kopf eine Bank abgebildet ist und der mit seinen Ranken die Weltkugel umschlingt. Damit stellt sich die Partei in die Tradition antisemitischer Bildsprache, die den Topos eines nach der Weltherrschaft strebenden Judentums aufbereitet.

Ein anderes Plakat zeigt, wie eine Schere die Fäden von Bundesadler, Justitia und einem Fernseher zerschneidet. Der Slogan darunter lautet „Friedensvertrag, Souveränität und eine neue Verfassung“ – Forderungen, die im Reichsbürger-Milieu verbreitet sind und die auch als „stereotype [s] Bild des Juden als geheimen Strippenzieher im Hintergrund“<sup>18</sup> gedeutet werden können.

---

<sup>18</sup> Vgl. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-im-wahlkampf-schmierereien-und-hetzende-kleinparteien/20428224.html>.



## 2. Überblick über das Ergebnis der Bundestagswahl 2017

Mit 12,6 % der abgegebenen Stimmen wurde die rechtspopulistische AfD als drittstärkste Fraktion in den Deutschen Bundestag gewählt – nach CDU/CSU (32,9 %) und der SPD (20,5 %) und vor der FDP (10,7 %), der Partei „Die Linke“ (9,2 %) und Bündnis 90/Die Grünen (8,9 %). Die AfD zog mit 94 Mandaten in den neu gewählten Bundestag ein<sup>19</sup>. Andere Rechtsaußen-Parteien, wie etwa die NPD (0,4 %) oder die „Deutsche Mitte“ (0,1 %) blieben marginalisiert.

Gesamtergebnis BRD:

	2017 in %	2013 in %	+/-
Wahlbeteiligung	76,2	71,5	+4,7
CDU	26,8	34,2	-7,4
SPD	20,5	25,7	-5,2
DIE LINKE	9,2	8,6	+0,6
GRÜNE	8,9	8,4	+0,5
CSU	6,2	7,4	-1,2
FDP	10,7	4,7	+6,0
AfD	12,6	4,7	+7,9
NPD	0,4	1,3	-0,9
Volksabstimmung	0,0	0,1	-0,1
BüSo	0,0	0,0	0,0
DIE RECHTE	0,0	0,0	0,0
DM	0,1	k.A.	k.A.

Quelle: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99.html>

Zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es erhebliche Unterschiede. In NRW blieb das Wahlergebnis der AfD mit 9,4 % unter dem bundesweiten Durchschnitt von 12,6 %, jedoch zeigt sich eine Steigerung gegenüber der diesjährigen Landtagswahl im Mai 2017, bei der die Partei landesweit 7,4 % erreichte. Die übrigen Rechtsaußenparteien blieben bei der Landtags- wie auch bei der Bundestagswahl bedeutungslos.

Ergebnisse für NRW:

	2017 in %	2013 in %	+/-
Wahlbeteiligung	75,4	72,5	+2,9
CDU	32,6	39,7	-7,1
SPD	26,0	31,9	-5,9
GRÜNE	7,6	8,0	-0,4
DIE LINKE	7,5	6,2	1,3
FDP	13,1	5,2	7,9
AfD	9,4	3,9	5,5
NPD	0,2	1,0	-0,8
Volksabstimmung	0,1	0,2	-0,1
DM	0,1	-	-
BüSo	-	0,0	0,0
Die Rechte	-	0,0	0,0

Quelle: <https://www.wahlergebnisse.nrw.de/bundestagswahlen/2017/index.shtml>

### Stadt Köln

Im Kontext der landesweiten Wahlergebnisse liegt Köln bei einem Ergebnis von 7,25 % für die AfD im unteren Mittelfeld und befindet sich auch deutlich unter dem Bundes- (12,6 %) sowie

<sup>19</sup> Unberücksichtigt bleiben an dieser Stelle die Austritte aus der Fraktion und die Entwicklung von „Die blaue Partei“ bzw. „Bürgerforum Blaue Wende“.

leicht unter dem Landesdurchschnitt (9,4 %). In Gelsenkirchen erzielte die AfD mit einem Ergebnis von 17,0 % ihr höchstes landesweites Ergebnis, in Münster mit 4,94 % ihr niedrigstes.

Ergebnisse Stadt Köln:

	2017		2013	
	Anzahl	%	%	+/-
Wahlbeteiligung	732.827	75,80	72,50	+3,30
CDU	145.677	26,38	33,00	-6,62
SPD	127.016	23,00	29,79	-6,79
GRÜNE	74.833	13,55	14,13	-0,58
DIE LINKE	63.310	11,47	8,10	+3,37
FDP	76.113	13,78	6,02	+7,77
AfD	40.011	7,25	3,55	+3,7
NPD	652	0,12	0,64	-0,52
Volksabstimmung	448	0,08	0,15	-0,07
DM	538	0,10	k.A.	k.A.

Quelle: [http://wahlen.stadt-koeln.de/prod/BTW2017/05315000/html5/Bundestagswahl\\_38\\_Uebersicht\\_stadtteil\\_Zweitstimmen.html](http://wahlen.stadt-koeln.de/prod/BTW2017/05315000/html5/Bundestagswahl_38_Uebersicht_stadtteil_Zweitstimmen.html)

### Betrachtung einzelner Kölner Stadtteile<sup>20</sup>

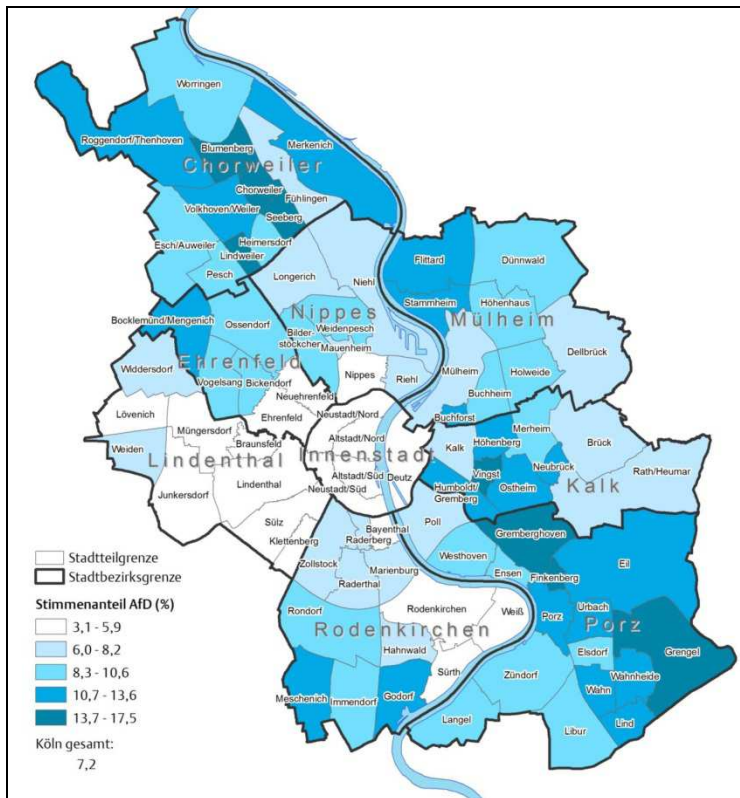
Sortiert nach den fünf höchsten sowie fünf niedrigsten Werten für die AfD

	Wahlbeteiligung	AfD				NPD			
	%	Anzahl	%	2013	+/-	Anzahl	%	2013	+/-
Köln gesamt	75,80	40019	<b>7,25</b>	3,55	+3,70	653	0,12	0,64	-0,52
Chorweiler	<b>45,77</b>	449	<b>17,5</b>	3,38	+14,12	14	<b>0,55</b>	0,99	-0,44
Finkenberg	57,55	274	16,82	3,9	+12,92	3	0,18	0,87	-0,69
Gremberghoven	56,43	116	16,55	4,25	+12,30	3	0,43	2,61	<b>-2,18</b>
Blumenberg	64,55	347	15,98	3,96	+12,02	4	0,18	1,01	-0,83
Grengel	67,98	355	14,15	6,17	<b>+7,98</b>	7	0,28	1,3	-1,02
//									
Neustadt/Nord	84,24	720	3,94	2,60	+1,34	3	0,02	0,22	-0,20
Ehrenfeld	79,26	826	3,92	2,40	+1,52	10	0,05	0,34	-0,29
Lindenthal	86,06	758	3,65	3,32	+0,33	4	0,02	0,11	-0,09
Klettenberg	86,97	262	3,61	2,36	+1,25	1	0,01	0,26	-0,25
Neustadt/Süd	83,05	764	3,1	2,46	+0,64	7	0,03	0,13	-0,10

Quelle: [http://wahlen.stadt-koeln.de/prod/BTW2017/05315000/html5/Bundestagswahl\\_38\\_Uebersicht\\_stadtteil\\_Zweitstimmen.html](http://wahlen.stadt-koeln.de/prod/BTW2017/05315000/html5/Bundestagswahl_38_Uebersicht_stadtteil_Zweitstimmen.html)

<sup>20</sup> Vgl. dazu auch ausführlich die Darstellungen der Stadt Köln unter: [http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-wahlanalysen/bundestagswahl\\_2017\\_tabellen\\_und\\_karten\\_amtliches\\_ergebnis.pdf](http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-wahlanalysen/bundestagswahl_2017_tabellen_und_karten_amtliches_ergebnis.pdf)

### Zweitstimmenanteile der AfD in den Kölner Stadtteilen



Quelle: [http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-wahlanalysen/bundestagswahl\\_2017\\_tabellen\\_und\\_karten\\_amtliches\\_ergebnis.pdf](http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-wahlanalysen/bundestagswahl_2017_tabellen_und_karten_amtliches_ergebnis.pdf)

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung in Köln lag bei 75,8 % und entspricht damit ungefähr dem Niveau von 2002 und 2005.<sup>21</sup> Auffällig ist, dass es in den Stadtteilen, in denen die AfD die höchste Zahl der Stimmen erreichen konnte, eine Wahlbeteiligung unterhalb dieses Durchschnitts gibt. Hierbei weist Chorweiler – mit 17,5 % das höchste Ergebnis für die AfD – tatsächlich auch die geringste Wahlbeteiligung (45,77 %) auf. Stadtteile, in denen die AfD die wenigsten Stimmen erzielen konnten, lagen alle insgesamt über dem Durchschnitt. Dies entspricht einem bei Wahlen immer wieder zu beobachtenden Trend. Es gibt aber auch Beispiele wie den Stadtteil Grengel, der mit 67,98 % eine noch relativ hohe Wahlbeteiligung aufzuweisen hat. Dort konnte die AfD trotzdem ihr fünftbestes Ergebnis in Köln erzielen, obwohl der Zugewinn im Vergleich zur letzten Wahl in Grengel deutlich geringer ausfiel.

In einem Stimmbezirk in Finkenbergl (71602) ist die AfD mit 24,81 % der Stimmen stärkste Partei geworden. Ebenfalls bei den Erststimmen lag der AfD-Kandidat dort vorn. Der Kölner Stadt-Anzeiger formulierte in einem Artikel einige Thesen: Dieser Stimmbezirk gilt als sozial schwaches Gebiet, mit hoher Arbeitslosigkeit, mangelnden Perspektiven für Jugendliche und Kriminalität. Gerade in Brennpunktvierteln hätten etablierte Parteien und Verwaltung kaum Schnittstellen mit der Realität der dort lebenden Menschen, so die Zeitung. Dies führe zu Frust und zu einem Abdriften in die rechte Ecke<sup>22</sup> (zu Auseinandersetzung mit der Ursachenforschung vgl. Teil 3).

Die NPD hatte durchweg Verluste zu verzeichnen. Mit einem Minus von 2,18 % im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 hatte die Partei in Grengel den höchsten Stimmenverlust.

<sup>21</sup> Vgl. <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-wahlanalysen/btw2017-praesentation.pdf>

<sup>22</sup> Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 26.9.17.

Stadtteile mit hohem Stimmenanteil für die AfD hatten im Vergleich mit anderen Stadtteilen ebenfalls einen höheren Stimmenanteil für die NPD.

### Besondere Kreise und Städte im Regierungsbezirk Köln

	AfD %			NPD %			Volksabstimmung			DM 2017
	2017	2013	+/-	2017	2013	+/-	2017	2013	+/-	
Kreis Heinsberg	8,74	3,51	+5,23	0,32	1,08	-0,76	0,10	0,17	-0,07	0,08
-Hückelhoven	<b>11,59</b>	3,81	+7,78	<b>0,63</b>	1,53	<b>-0,90</b>	0,10	0,19	-0,09	0,13
Rhein-Sieg-Kreis	9,40	k.A.	k.A.	0,15	k.A.	k.A.	0,27	k.A.	k.A.	0,10
-Windeck	11,15	4,17	+6,98	0,24	0,92	-0,68	<b>0,51</b>	0,62	-0,11	0,12
Stadt Euskirchen	11,51	4,70	+6,81	0,20	0,84	-0,64	0,12	0,30	-0,18	0,09
Kreis Euskirchen	9,89	4,31	+5,58	0,26	0,99	-0,73	0,13	0,30	-0,17	0,11
Rhein-Erft-Kreis	9,60	3,74	+5,86	0,22	0,98	-0,76	0,12	0,23	-0,11	0,09
Oberbergischer Kreis	10,59	k.A.	k.A.	0,21	k.A.	k.A.	0,13	k.A.	k.A.	0,15
-Radevormwald	10,86	4,19	+6,67	0,34	1,37	-1,03	0,17	0,15	+0,02	0,15

Quelle: <http://wahlen.votemanager.de/>

Ausgewählt wurden einige Kreise und Städte, in denen sich Rechtsextreme und Rechtspopulisten in den letzten Monaten sich relativ agil zeigten. Es stellt sich die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Aktivitäten der extremen Rechten und Wahlerfolgen rechter Parteien gibt.

Im Kreis Heinsberg ist zum einen die NPD verbreiteter und aktiver als in jedem anderen Gebiet des RB Köln, zum anderen ist dort die neonazistische Gruppierung „Syndikat 52“ aktiv. Die AfD erzielte für den gesamten Kreis 8,74 % der Zweitstimmen. Hückelhoven erzielte mit 11,59 % den höchsten Wert im Kreis. Im Rhein-Sieg-Kreis ist die „Identitäre Aktion“ aktiv, der NPD-Verband ist relativ „stark“ vertreten. Zudem hielt die AfD im März 2017 einen Parteitag in Troisdorf ab. Die Rechtspopulisten erzielten dort einen Wert von 9,4 %. In der Stadt Windeck, in der es seit längerem neonazistische Strukturen gibt (AG Windeck, später neonazistische Cliquen und Netzwerke), bekam die AfD 11,15 % der Stimmen. Im Kreis Euskirchen und in der Stadt Euskirchen hielt die AfD mehrere Veranstaltungen ab. Dort erzielte sie 9,89 % bzw. 11,51 %. Im Rhein-Erft-Kreis ist die Partei „Die Rechte“ in besonderem Maß aktiv.<sup>23</sup> Die AfD erzielte dort 9,6 %. Der Oberbergische Kreis, insbesondere Radevormwald, war eine Hochburg der Partei „pro NRW“ sowie der neonazistischen Kameradschaft „Freundeskreis Radevormwald“ (seit 2011).<sup>24</sup> Die AfD konnte ein Ergebnis von 10,59 % im Oberbergischen Kreis, bzw. 10,86 % in Radevormwald erzielen.

In sämtlichen Gebieten verlor die NPD Stimmen, den höchsten Verlust hatte sie in Hückelhoven zu verzeichnen. Mit einem Minus von 0,9 % erreichte sie dort 0,63 % der Stimmen. Das ist dennoch der höchste Wert für alle ausgesuchten Städte und Kreise.

Die besonders im Rhein-Sieg-Kreis aktive „Volksabstimmung“ erzielte in Windeck mit 0,51 % ihr höchstes Ergebnis für die ausgewählten Gebiete.

Fazit: In den ausgewählten Kreisen und Städten erzielte die AfD ein für den Regierungsbezirk Köln relativ „hohes“ Ergebnis – zumindest im Vergleich zu ihren Ergebnissen bei früheren Wahlen, nicht jedoch im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Damit lässt sich ein Zusammenhang zwischen Aktivitäten und Verankerung rechtsextremer und rechtspopulistischer Organisationen und Wahlergebnis vermuten, allerdings lässt sich dieser nur bedingt empirisch darstellen. Vor allem aber hat die AfD in keinem der ausgewählten Kreise und Städte einen

<sup>23</sup> Vgl. <https://www.mbr-koeln.de/vor-ort/rhein-erft-kreis/>.

<sup>24</sup> Vgl. <https://www.mbr-koeln.de/vor-ort/oberbergischer-kreis/#parteienspektrum>.

Wert oberhalb des Bundesdurchschnitts erreichen können. Es wird deutlich, dass im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2013 die AfD mitunter hohe Gewinne verzeichnen konnte, während alle anderen rechten Parteien Stimmen verloren.

### **3. Ursachen für die Erfolge rechtspopulistischer Parteien – am Beispiel der AfD**

Die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 24.09.2017 bieten Anlass zu vielerlei Spekulationen. Es wird mitunter von einer historischen Zäsur gesprochen, da erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei in den Deutschen Bundestag einziehen konnte, die sich deutlich rechts von den Unionsparteien positioniert. Der Einzug der AfD ist nicht überraschend; er kündigte sich vielmehr über viele Landtagswahlen an. Umso stärker wird nun versucht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen. Besonders vor dem Hintergrund der Erstarkung gesellschaftlich akzeptierter, salonfähig gewordener rechtsorientierter Gesinnungen und einem damit einhergehenden starken Wahlerfolg der AfD werden mittlerweile etliche Theorien in der Öffentlichkeit diskutiert.

Im Folgenden sollen einzelne Aspekte dieser Erklärungsversuche erläutert werden. Hierzu zählen die Motivation von Nichtwähler/innen, das Phänomen der „Protestwahl“, die politische Grundhaltung der Wähler/innen, die Zustimmung zu bestimmten Inhalten als Grund für eine Wahlentscheidung, die Entfremdung der Bürger/innen von der Politik, die „Tradition des rechten Wählens“ sowie sozio-ökonomische Ursachen.

#### **Die Motivation von Nichtwähler/innen**

Eine häufig geäußerte Annahme ist, dass rechtspopulistisches Wahlverhalten mit der Mobilisierung von Nichtwähler/innen zusammenhängt. Gerade in Köln wird dieser Zusammenhang deutlich. Hier konnte die AfD am stärksten ehemalige Nichtwähler/innen abschöpfen, insgesamt 17.000, das sind 67% der ehemaligen Nichtwählerstimmen.<sup>25</sup> Doch läßt sich bundesweit der Anstieg der Wahlbeteiligung um 4,7 % nicht allein durch die von der AfD rekrutierten Nichtwähler/innen erklären. So haben auch etwa gleich viele vorherige Nichtwähler/innen ihr Kreuz bei der SPD und noch mehr bei der Union gemacht.<sup>26</sup>

Die Studie „Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler“ untersucht den Zusammenhang von der Dauerhaftigkeit des Nichtwählens und politische Unzufriedenheit, das Potenzial der „Protestwähler/innen“ sowie die politischen Meinungen, die von Nichtwähler/innen vertreten werden. Deutlich mehr nichtwählende Personen gehören den unteren sozialen Schichten an, mit vergleichsweise niedriger Schulbildung, geringem Einkommen und Berufsstatus bzw. häufigerer Arbeitslosigkeit. Auffällig ist das hohe Maß an Demokratiemisstrauen und ihr ausgeprägtes Gefühl politischer Machtlosigkeit. Nichtwähler/innen neigen deutlich eher zu rechtspopulistischen Einstellungen als Personen, die regelmäßig zur Wahl gehen. Sie sind laut Ergebnis der Studie anfälliger für das einfache rechtspopulistische Angebot der eigenen Aufwertung durch die Abwertung von Anderen.<sup>27</sup>

#### **Das Phänomen der „Protestwahl“**

Bei einer Umfrage gaben 31 % der AfD-Wähler/innen an, ihre Entscheidung aus Überzeugung für die Partei zu fällen, 61 % dagegen taten dies aus Enttäuschung über die anderen Parteien.<sup>28</sup>

---

<sup>25</sup> Vgl. <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-wahlanalysen/btw2017-presentation.pdf>

<sup>26</sup> Vgl. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-afd.shtml>.

<sup>27</sup> Vgl. Beate Küpper, „Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Einstellungsmuster und politische Präferenzen“, Empirische Sozialforschung, eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2017.

<sup>28</sup> Vgl. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-afd.shtml>.



Die Befragung aller Wählenden ergab das genaue Gegenteil. 83 % der AfD-Wählenden sagen zudem aus, dass die AfD die einzige Partei sei, mit der Protest ausgedrückt werden kann.<sup>29</sup>

Im seinem Wahlnachtbericht verwirft Horst Kahrs die Theorie, dass die Wahlentscheidung für die AfD vermehrt aus Protest gefallen sei. In der Betrachtung der Wahlergebnisse, die die AfD bei den vorangegangenen Landtagswahlen erreichte, zeigt sich, dass die Ergebnisse keine einmaligen Protestergebnisse waren. Die gesellschaftspolitische Konfliktlinie, die die AfD ab 2015/16 verstärkt verfolgt, so sein Bericht, verschaffe ihr (bislang) ein Alleinstellungsmerkmal. Zudem resultiere der Erfolg der AfD aus der unbeantworteten Verunsicherung über die Gestaltungskraft von demokratischer Politik und den Entfremdungserfahrungen zwischen der Welt der Politik und der eigenen Alltagswelt. Jede Bürgerin und jeder Bürger, so der Autor, konnte wissen, dass führende Personen der AfD menschenfeindliche und rechtspopulistische Positionen vertreten. Es gebe somit eine Minderheit in der Bevölkerung, die einen grundlegenden politischen Kurswechsel in Richtung nationalistischer und autoritärer Politik unterstützt. Diese Deutsch-Nationalen und Wertkonservativen habe es zwar immer in der Gesellschaft gegeben, nicht aber als eigenständige politische Formation mit einer eigenen Dynamik.<sup>30</sup>

### **Politische Grundhaltung**

Obwohl es in Deutschland in den letzten Jahren keinen Anstieg an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insgesamt gab, hat die Ablehnung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen wie Muslimen, Sinti und Roma, Asylsuchenden und Homosexuellen zugenommen. Es zeigt sich insgesamt eine stärkere Zustimmung zu subtileren Vorurteilen – das weisen die sogenannten Mitte-Studien der Universitäten Leipzig<sup>31</sup> und Bielefeld 2016 nach.<sup>32</sup> Im Vergleich zu der Bielefelder Studie von 2014 gibt es extremere Zustimmungen oder Ablehnungen von Vorurteilen (Polarisierungseffekt). Besonders unter potenziellen Wähler/innen der AfD sind ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten verbreitet.

Die Untersuchungen können deutlich zeigen, dass Haltungen zum Thema Flucht Asyl und Migration weniger vom Einkommen oder anderen soziodemographischen Merkmalen abhängen, als vielmehr von der politischen Grundhaltung der Personen. Nur eine kleine, harte Minderheit hat grundsätzlich eine menschenfeindliche und rechtsextreme Gesinnung. Diese Minderheit hat nicht nur eine ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten, sondern auch gegenüber anderen sozialen Gruppen.

Die in Medien und Politik zu beobachtende Angst- und Bedrohungsrhetorik in Bezug auf Geflüchtete als spezielle Gruppe befördert solche Einstellungen und bestärkt jene, die schon grundsätzlich extrem rechte Affinitäten aufweisen.<sup>33</sup> Diejenigen, die die Ideen der AfD gutheißen, sind im Vergleich zu 2014 deutlich nach rechts gerückt.<sup>34</sup>

---

<sup>29</sup>Vgl. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-afd.shtml>.

<sup>30</sup>Vgl. Horst Kahrs, „Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 – Wahlnachtbericht und erste Analyse“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2017.

<sup>31</sup> Vgl. Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler, „Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland – Die Leipziger „Mitte“-Studien 2016“, Gießen 2016.

<sup>32</sup> Vgl. Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause, „Gesplante Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016“, Bielefeld 2016.

<sup>33</sup> Vgl. ebd. S. 16 f.

<sup>34</sup> Vgl. ebd. S.173 ff.

### **Zustimmung zu einer bestimmten Programmatik:**

Politische Themen bestimmen insgesamt deutlich stärker die Alltagskommunikation der Menschen als noch vor einigen Jahren.<sup>35</sup> Allerdings hat sich das Themenspektrum verändert. Seit Mitte 2014 sind Ausländer, Integration und Geflüchtete der vorrangige Inhalt von Gesprächen. Im digitalen Bereich sind es Geflüchtete, Kriminalität sowie Klima und Umwelt.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt in ihrem Wahlnachtbericht das Thema Flüchtlinge und Integration als wahlkampfentscheidend heraus. Alle Strategien, die versuchten, andere Themen wie Mieten und Wohnen, Rente usw. in den Vordergrund zu stellen, seien dagegen gescheitert. Die Flüchtlingssituation werde als wichtigstes bzw. zumindest zweitwichtigstes Problem aufgefasst.<sup>36</sup>

Dass die vorherrschenden Themen, die eine Wahl der AfD begünstigen, Sicherheit, Angst vor erstarkender Einflussgewinnung des Islam, Geflüchtete und Kriminalität waren, zeigt auch eine Umfrage von Infratest dimap.<sup>37</sup> Rund die Hälfte aller Befragten gab an, dass die AfD verstanden habe, dass sich die Menschen in Deutschland nicht mehr sicher fühlen und rund 92 % der Wähler/innen der AfD stimmten der Aussage zu, dass die AfD vor allem für eine Veränderung der Flüchtlingspolitik da ist. Nur die Hälfte der AfD-Wähler/innen sieht die AfD stark in Themen der sozialen Gerechtigkeit und der Familienpolitik. Das spricht dafür, dass es nicht nur um allgemeinen Protest (s.o.), sondern um einzelne – auch emotional besetzte – Themenbereiche ging, die die Wahlentscheidung beeinflussten. Für Köln ließe sich ähnliches konstatieren. So gaben gemäß der Umfrage „Leben in Köln 2016“ 95 % derjenigen, die der AfD zuneigen an, dass sie sich Sorgen machen um „die Zuwanderung nach Deutschland“ (zum Vergleich: CDU 46 %, SPD 35 %).<sup>38</sup>

Der Erfolg der AfD habe eine identitäts- und kulturpolitische Dimension, betont der Politikwissenschaftler Veith Selk in einem Interview mit dem „Humanistischen Pressedienst“. Die AfD formuliere im kulturpolitischen Feld eine national-konservative, illiberale Position, die von keiner anderen Partei angeboten wird, aber einige Wähler anspricht: „Das Programm ist insgesamt rückwärtsgewandt und nostalgisch. Die Botschaft lautet: Zurück zum souveränen Nationalstaat! Zurück zur Lebensform und der vermeintlich heilen Familienwelt der 60er Jahre! Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft!“<sup>39</sup>

### **Die Entfremdung von der Politik:**

Ein besonderes Merkmal der AfD-Wähler/innen ist deren Distanz zur Demokratie – nur 40 % halten Deutschland für demokratisch.<sup>40</sup> Eine besonders AfD-affine Gruppe sind Personen bis zu einem mittleren Einkommen und mittlerer Bildung, die einen Kontrollverlust in Bezug auf ihr eigenes Schicksal und ihre Arbeitssituation befürchten, so eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung.<sup>41</sup>

Der Arbeitskontext spiele eine wichtige Rolle für die Nähe zur AfD. Ein empfundener Kontrollverlust durch digitalisierungsbetriebene Überwachung, Kontrolle oder eine direktere

---

<sup>35</sup> Vgl. Horst Kahrs, „Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 – Wahlnachtbericht und erste Analyse“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2017, S. 9.

<sup>36</sup> Vgl. ebd.

<sup>37</sup> Vgl. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-afd.shtml>.

<sup>38</sup> <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistik-wahlanalysen/btw2017-praesentation.pdf>, S. 30.

<sup>39</sup> Vgl. <https://hpd.de/artikel/man-muss-afd-politisch-stellen-nicht-moralisierend-13424?nopaging=1>.

<sup>40</sup> Vgl. Richard Hilmer, Bettina Kohlrusch, Rita Müller-Hilmer, Jérémie Gagné, „Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern“, eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, 2017, S. 6.

<sup>41</sup> Vgl. ebd.

Erreichbarkeit für den Arbeit Gebenden erhöht die Wahrscheinlichkeit, rechtspopulistisch zu wählen, vor allem, wenn in einem Kleinbetrieb gearbeitet wird. Die konkrete Erfahrung von Mitbestimmung und Sicherheit am Arbeitsplatz mache einen deutlichen Unterschied bzgl. der Einstellung zu rechtspopulistischen Aussagen.<sup>42</sup>

Konstatiert wird eine Vertrauenskrise in Bezug auf die Politik und die repräsentativen Akteure der Demokratie. Neben dem Vertrauensverlust sorgen Globalisierung, bewaffnete Konflikte und internationaler Terrorismus für ein zunehmendes Gefühl der Unsicherheit. Die seit 2015 stark gestiegenen Flüchtlingszahlen gehen mit dieser Entwicklung einher. Damit sei auch, so eine weitere Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Thema Rechtsextremismus in den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskursen zurückgekehrt.<sup>43</sup>

### **Die „Tradition des rechten Wählens“:**

Eine Studie der Universität Bremen und der Universität Zürich untersuchte die Plausibilität der Theorie der „Modernisierungsverlierer“ als Erklärung für rechtspopulistisches Wahlverhalten. Entgegen der Modernisierungsverlierer-Theorie zeige sich vielmehr eine starke Korrelation zwischen dem Wahlerfolg der AfD in einem Bezirk und dem Erfolg rechtsradikaler Parteien in vorangegangenen Wahlen. Es gibt demnach eine Tradition des rechten Wählens, von der die AfD profitieren konnte.<sup>44</sup>

### **Sozio-ökonomische Ursachen:**

Arbeitslose und Arbeiter/innen machten mit jeweils 20 % den höchsten Anteil der AfD-Wähler/innen aus. Bei Personen anderer Tätigkeitsfelder ist eine konstante Linie um 10 % vorhanden. Obwohl es also eine Gruppe zu geben scheint, die AfD häufiger wählt als andere, gibt es kein Berufsfeld, in dem die AfD besonders wenig gewählt wurde.<sup>45</sup>

Im bereits erwähnten „Wahlnachtbericht“ wird der Erfolg der AfD nur begrenzt sozio-ökonomisch mit „Verlierern“ und „Abgehängten“ erklärt. Er offenbart vielmehr das Dilemma des kulturellen und sozialen Konservatismus, der nicht auf die Unionsparteien begrenzt ist. Lebensmodelle, Werthaltungen und Mentalitäten, die zuvor zur Normalität der Mehrheits-Mitte zählten und die Basis institutioneller Arrangements und Normen gebildet hatten, gerieten in eine Minderheiten-Position. Statt also von Verlierern oder Abgehängten zu sprechen, könnte man eher von „neuen Minderheiten“ sprechen, in die man auch durch relative Einbußen an sozialem Status und politischer Bedeutung hineingeraten kann.<sup>46</sup>

Die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage ist ein wesentlicher Treiber, die AfD zu wählen. Dabei ist aber nicht die objektive soziale Lage die alleinige Ursache für die Wahl der AfD, sondern vor allem die subjektive Wahrnehmung, die geprägt ist von persönlicher Zurücksetzung. Viele Bürger/innen haben das Gefühl, von positiven Entwicklungen (bspw. der wirtschaftlichen Lage der BRD) nicht zu profitieren. Es sind weniger reale Entbehrungen, sondern vor allem eine Kombination aus wahrgenommenem Abstieg in der Vergangenheit und

---

<sup>42</sup> Vgl. ebd.

<sup>43</sup> Vgl. Toralf Stark, Carsten Wegscheider, Elmar Brähler, Oliver Decker, „Sind Rechtsextremisten sozial ausgegrenzt. Eine Analyse der sozialen Lage und Einstellungen zum Rechtsextremismus“, eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2017.

<sup>44</sup> Vgl. Schwander/Manow: „It's not the economy, stupid! Explaining the electoral success of the German right-wing populist AfD“, eine Studie der Universität Bremen/Universität Zürich, 2017.

<sup>45</sup> Vgl. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-afd.shtml>.

<sup>46</sup> Vgl. Horst Kahrs, „Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017- Wahlnachtbericht und erste Analyse“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2017.

Abstiegsängsten (auch in der Arbeitswelt) in Bezug auf die Zukunft, die eine Wahl der AfD wahrscheinlich machen.

In den Gruppen der Arbeiter/innen, Facharbeiter/innen und einfachen Angestellten mit niedrigem bis mittlerem Bildungsniveau finden sich umfänglich rechtsextreme Einstellungen. Besonders die Ablehnung gegenüber Ausländer/innen und die Stärkung des Nationalgefühls sind überdurchschnittlich hoch ausgeprägt.<sup>47</sup>

AfD-Wähler/innen befinden sich überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation, fühlen sich aber vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt. Die AfD ist somit keine Partei der ärmeren Bevölkerungsteile. Zwar hat sie einen überdurchschnittlichen Anteil an Arbeiter/innen in ihrer Wähler/innenschaft. D.h. aber nicht, dass die Wahl der AfD umso wahrscheinlicher würde, je geringer der sozio-ökonomische Status eines Menschen ist. Das zeigt sich ebenfalls in Bezug auf die Bildung. Es sind zwar überdurchschnittlich viele Menschen mit geringerer Bildung vertreten, jedoch gilt dies genauso für Personen mit mittlerer Bildung. Allein Menschen mit hoher Bildung sind weniger vertreten.

---

<sup>47</sup> Vgl. Toralf Stark, Carsten Wegscheider, Elmar Brähler, Oliver Decker, „Sind Rechtsextremisten sozial ausgegrenzt. Eine Analyse der sozialen Lage und Einstellungen zum Rechtsextremismus“, eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2017.

## Schlussfolgerungen

Bei den Ergebnissen der extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien im Regierungsbezirk Köln gab es keine größeren Überraschungen. Die einzig relevante rechte Kraft ist die AfD, alle anderen Parteien erzielten keine nennenswerten Ergebnisse.

Scheinbar bestätigen sich die Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen. Wo es eine „Tradition des rechten Wählens“ gab, wird jetzt auch verstärkt AfD gewählt. Dies zeigt sich u.a. in Hückelhoven, aber auch in Kölner Stadtbezirken wie Chorweiler (insbesondere Blumenberg, Chorweiler) und Porz (Grenzel, Finkenberg, Gremberghoven).<sup>48</sup>

In Köln lässt sich tendenziell ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Wahlerfolg der AfD beobachten. Besonders deutlich wurde dies in Chorweiler, wo die Wahlbeteiligung am niedrigsten war, die AfD aber ihr höchstes Ergebnis innerhalb der Stadt Köln erzielte.

Es lässt sich ebenso ein gewisser Zusammenhang zwischen Wahlergebnis und Sozialstruktur erkennen. In sozial schwachen Stadtteilen wurde eher AfD gewählt, dennoch ist der sozio-ökonomische Faktor kein Garant für ein hohes bzw. niedriges Wahlergebnis. Wichtig erscheint hier, die Bevölkerungszusammensetzung der unterschiedlichen Milieus inklusive ihrer Lebensstile und Bildungsabschlüsse mit einzubeziehen.

Es ist jedoch schwierig bis schlechterdings unmöglich, einen eindeutigen Grund für eine Wahlentscheidung zugunsten einer rechtsextremen oder rechtspopulistischen Partei zu finden. Die auffälligen Merkmale, selbst wenn sie eine gewisse Regelmäßigkeit darstellen, lassen keine feste eindeutigen Aussagen über einen Kausalität bezüglich des Wahlverhaltens zu.

Der AfD gelingt es, im Gegensatz etwa zu neonazistischen Parteien wie der NPD, zugleich Wahlberechtigte der unteren Schichten und unteren Mittelschichten als auch solche aus „gehobenen“ Verhältnissen (in materieller Hinsicht) anzusprechen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des AfD-Potenzials findet sich in den oberen Einkommensgruppen; zur Anhänger/innenschaft gibt es allerdings widersprüchliche Befunde.<sup>49</sup>

Mit den rassistischen, islamfeindlichen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen setzt die Partei einerseits auf die Zustimmung extrem rechts orientierter Personen, andererseits vereint sie jedoch verschiedene Strömungen und distanziert sich verbal vom Rechtsextremismus. Sie bedient gleichermaßen das konservative wie auch das sozialdemokratische Milieu. Die AfD und andere rechtspopulistische Akteure versuchen die Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, die verschiedenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen zustimmen. Oft handelt es sich dabei um Menschen, die das Vertrauen in demokratische Institutionen verloren haben und sich vom politischen System nicht repräsentiert fühlen.

## Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements

Zivilgesellschaftlichem Engagement kommt ein besonderer Stellenwert bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu. Es trägt dazu bei, die Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit, das wechselseitige Verständnis, die gemeinsame Beratung und den Austausch von Argumenten der Bürger untereinander, aber auch zwischen Bürgern und Institutionen zu

---

<sup>48</sup> Vgl. „Wahlen in Köln – Kurzanalyse der Kommunalwahl 2009“, Kölner Statistische Nachrichten 4/2009, Amt für Stadtentwicklung und Statistik/Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Köln.; Vgl. „Wahlen in Köln – Analyse der Kommunalwahl 2014“, Kölner Statistische Nachrichten 2/2014, Amt für Stadtentwicklung und Statistik/Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Köln.

<sup>49</sup> DIW Wochenbericht 29/2017: Die Wählerschaft der Parteien;  
[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.562050.de/17-29.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.562050.de/17-29.pdf)

praktizieren.<sup>50</sup> Dies hat auch Auswirkungen für die Präferenz rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus unterstützt und aktiviert zivilgesellschaftliches Engagement mit dem Ziel der Stärkung einer menschenrechtsorientierten demokratischen Kultur. Eine lebendige demokratische und menschenrechtsorientierte Kultur ist ein grundlegender gesellschaftspolitischer Gegenentwurf für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

Zivilgesellschaft und Gemeinwesen fungieren als normative Bezugspunkte in Erhaltung und Beförderung der demokratischen Kultur und der Abwehr menschenfeindlicher Einflüsse. Sie üben einen besonderen Einfluss auf die Verbreitung von Rassismus, Rechtsextremismus und anderen menschenfeindlichen Orientierung sowie die Befürwortung demokratischer Prozesse aus.

Autorin: Johanna Zirwes, mit Unterstützung von Anja Fischer und den Mitarbeiter/innen der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

---

<sup>50</sup> Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2016/226905/zivilgesellschaftliches-engagement>.